

Offener Brief an die Berliner Landesregierung

Am 19.11.2024 wurde die Liste der Kürzungsvorschläge des Berliner Haushalts veröffentlicht und am 26.11.2024 einstimmig beschlossen. In dieser Liste steht: 7.000.000€ weniger Zuschüsse für die freie Jugendarbeit!

Unter dem Titel 68425, Teilansatz 13, der mit 1.600.000 komplett gestrichen werden soll, sind u.a. die queeren Jugendzentren "qu:alle" von Trialog Jugendhilfe gGmbH, "Q*ube" von outreach Berlin, "JuKuZ Gérard Philipe" vom Humanistischen Verband Deutschland Berlin-Brandenburg KdöR und das "Queere Jugendzentrum" von Lambda Berlin Brandenburg e.V. betroffen.

Ohne diese Förderung sind diese queeren Jugendzentren ab dem 01.01.2025 von Schließungen bedroht!

Unsere Regenbogenhauptstadt ohne queere Projekte?!

Diese Entwicklung macht uns fassungslos! Im Koalitionsvertrag ist unter dem Begriff "Regenbogenhauptstadt", im Sinne der IGSV („Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“), die Stärkung und der Ausbau queerer Projekte sowie die Sicherung von Safer Spaces festgehalten (Koalitionsvertrag CDU und SPD, S.20 ff.). Im Maßnahmenpaket der IGSV steht, dass es das Ziel sei, einen Prozess der Auseinandersetzung mit LSBTI-Feindlichkeit in der Gesellschaft zu initiieren, Selbstbestimmung und Teilhabe von LSBTI-Menschen in der Gesellschaft zu ermöglichen sowie Toleranz, Akzeptanz und Respekt vor geschlechtlicher und sexueller Vielfalt und unterschiedlichen Lebensentwürfen und -erfahrungen zu erwirken (Berliner LSBTIQ+ Aktionsplan 2023 der IGSV, S.6).

Wie kann dies mit den aktuellen Kürzungsvorhaben übereinstimmen?

Durch die bevorstehenden Kürzungen wird die bestehende Präventions-, Beratungs- und Antigewaltarbeit zum Schutz queerer Personen nicht aus- sondern abgebaut! Die geschützten Safer Spaces und diskriminierungssensiblen Begegnungsräume werden von dieser Entscheidung der Politik nicht nur verdrängt, sondern geschlossen!

Queere Jugendliche brauchen sichere Orte!

Queere junge Menschen brauchen sichere Rückzugsorte, an denen sie ihre Existenz nicht erklären und hinterfragen lassen müssen. Im Jahr 2023 lag die Zahl der dokumentierten Vorfälle von Hasskriminalität in Berlin bei insgesamt 5.286, allein davon waren laut Berliner Register 464 Vorfälle aufgrund von LGBTIQA* Feindlichkeit (Berliner Register Jahresbericht 2023, S.7). Die Zahl der LGBTIQA*-feindlichen Vorfälle gegen queere Menschen in Berlin verdoppelte sich in den Jahren 2022 auf 2023 (Berliner Register Jahresbericht 2023, S.7).

Zudem sind LGBTIQA* Jugendliche deutlich stärker gefährdet als ihre heterosexuellen und cis-geschlechtlichen Altersgenoss*innen, mindestens einmal in ihrem Leben einen Suizidversuch zu begehen (BZgA Infodienste: Suizidprävention für LGBTQ+-Jugendliche: Notwendigkeit, Modell und Zugänge).

Queere Jugendorte sichern Lebensperspektiven!

Queere Jugendorte sichern durch ihre niedrigschwelligen, diskriminierungssensiblen Angebote Lebensperspektiven queerer Jugendlicher. Diese sind in der Gesellschaft, in Schule, in Familien und Peergroups Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt. Dadurch sind sie in vielen Fällen psychisch belastet. Die generelle Unterversorgung mit Kinder- und Jugendpsychotherapieplätzen und sensibilisierten Jugendhilfe-Angeboten, stellt queere Jugendliche vor große Herausforderungen, sich adäquate Unterstützung und Hilfe zu suchen.

Es braucht mehr Förderung für queere (Demokratie-)Bildung sowie Aufklärungs- und Antidiskriminierungsarbeit.

Queere Jugendorte sind daher ein wichtiger Bestandteil, um junge Menschen auch in psychosozialen Notsituationen zu unterstützen und eine barrierearme Beratungs- und Anlaufstelle zu bieten.

Konkret bedeutet eine Streichung der Förderung ab dem 01.01.2025 berlinweit für queere Jugendlichen an ihren Lebensorten:

- KEINE** Offene Jugendarbeit
- KEINE** Ferien- und Freizeitangebote
- KEINE** Gruppenangebote für queere Kids
- KEINE** pädagogische Begleitung von Ehrenamtlichen
- KEINE** Angehörigenarbeit
- KEINE** Beratung für Jugendliche, Angehörige und Fachkräfte
- KEINE** JuleiCa Schulungen
- KEINE** Unterstützung für Jugendliche in psychosozialen Notsituationen

Die Räume für Netzwerke queerer Jugendlicher würden ab diesem Zeitpunkt berlinweit wegbrechen. Wir fordern die Landesregierung daher auf, dass sie sich an ihre Zielvereinbarungen hält, sich in den andauernden Verhandlungen für den flächendeckenden Erhalt und Ausbau queerer Jugendorte in Berlin stark macht und ihr Bestehen sichert!

Dies ist ein unverzichtbarer Beitrag für queere Kinder und Jugendliche in ganz Berlin!

Gezeichnet
Arbeitskreis queere Jugendhilfe Berlin

